Beratung mit den Bürgermeistern und Amtsdirektoren über die

Richtlinie Kreisstrukturfonds – 2. Entwurf vom 29.5.2018

am 09. Oktober 2018 von 9.00 – 11.15 Uhr in Beeskow

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Der Entwurf der Richtlinie wurde intensiv diskutiert und es wurden die unterschiedlichen Standpunkte ausgetauscht. Im Ergebnis der Beratung wurde sich auf nachfolgende Änderungen im Richtlinienentwurf und die weitere Verfahrensweise verständigt.

Änderungen im Richtlinienentwurf:

- Da das Budget der Richtlinie auf einen „kleinen“ Betrag von 1,0 Mio € begrenzt werden soll, ist damit keine Förderung von überregionalen Strukturmaßnahmen möglich. Diese sollen (analog Breitbandausbau) nach Abstimmung und Einigung zwischen Landkreis und Kommunen in den Haushaltsplan des Landkreises eingestellt werden.
- Der Förderbereich A ist zu streichen. Die Förderung soll insbesondere finanzschwache Kommunen unterstützen und dem Solidargedanken Rechnung tragen. Andererseits soll die Förderrichtlinie allen Kommunen für besonders wichtige Maßnahmen offenstehen.
- Neben Investitionen soll auch die Förderung wesentlicher Instandsetzungsmaßnahmen möglich sein. Darüber hinaus ist die Förderung von beweglichem Anlagevermögen des Brandschutzes in die Förderrichtlinie aufzunehmen.
- Die Entscheidung über die zu fördernden Maßnahmen soll durch die Verwaltung und nicht durch den Kreistag getroffen werden.
- Die Beantragung sollte erleichtert werden – Streichen der Punkte 4.3 und 4.4. Bei Punkt 4.2. ist „ Planentwurf“ zu ergänzen.
- Nicht im laufenden Haushaltsjahr in Anspruch genommene Mittel des Budgets sollen in das Haushaltsjahr übertragen werden dürfen (Bildung von Haushaltsresten).

Weitere Verfahrensweise:

- Die gewünschten Änderungen werden durch die Verwaltung in den Richtlinienentwurf eingearbeitet. Der 3. Entwurf der Richtlinie – Stand 9.10.2018 wird allen Bürgermeistern und Amtsdirektoren per Mail zugesandt.
- Stellungnahmen und weitere Änderungsvorschläge sind an den Leiter der Kreisarbeitsgemeinschaft Herrn Steffen zu senden.
- Die Kreisarbeitsgemeinschaft übergibt dem Landkreis, möglichst bis Anfang Dezember 2018, eine abgestimmte zusammengefasste Stellungnahme.
- Unter Berücksichtigung der gemeinsamen Stellungnahme der Bürgermeister und Amtsdirektoren erarbeitet die Verwaltung den endgültigen Richtlinienentwurf und bringt ihn in den Kreistag ein.
- Die Beschlussfassung über die Richtlinie sollte noch in dieser Legislaturperiode erfolgen.